

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 16. Dezember 1957

Blatt 2478

Die Fürsorge für unsere Alten

=====

16. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 15. Dezember, über die Fürsorge der Gemeinde Wien für die alten Leute. Der Bürgermeister führte aus:

"Vor kurzem kam ich während eines offiziellen Empfanges der Stadt Wien mit einer der anwesenden Damen in ein Gespräch über verschiedene Gemeindeaufgaben. Ich erzählte ihr unter anderem auch über die Einrichtungen der Gemeinde zur Betreuung unserer alten Mitbürger. Sie hörte mir sehr aufmerksam zu und dann unterbrach sie mich plötzlich mit den Worten: "Ja, aber Herr Bürgermeister, von diesen Dingen wissen die Wiener fast nichts. Man sollte sie doch öfter informieren, damit sie erfahren, wie die Gemeinde unseren alten Mitbürgern bei der Überwindung der Lebensschwierigkeiten hilft." Diese Aufforderung will ich heute befolgen und Ihnen von der Wohlfahrtspflege für unsere alten befürsorgten Mitbürger berichten.

Will man die Größe dieses Problems erkennen, dann informiert man sich am leichtestens, wenn man die Struktur der Bevölkerung untersucht. Das beste Hilfsmittel hiezu sind die Ergebnisse der Volkszählungen. In dieser Hinsicht sind für uns zwei Erkenntnisse von ausschlaggebender Bedeutung. Die eine ist die Feststellung der ständig steigenden Überalterung in Wien. Zum Beweis hiefür zwei Vergleichszahlen. Im Jahre 1910 waren 4.4 Prozent über 65 Jahre alt, während die gleiche Altersgruppe bei der Volkszählung im Jahre 1951 bereits 13.3 Prozent der Bevölkerung umfaßte. Die zweite charakteristische Tatsache besteht darin, daß wir einen großen Frauenüberschuß haben, der in den höheren Jahrgängen immer stärker

./.

hervortritt. Während in den Altersjahrgängen von 18 bis 30 Jahren /
ner 1192 Frauen entfallen, kommen in dem Lebensalter von 70 und
mehr Jahren auf 1000 Männer 1832 Frauen. Schon aus diesen wenigen
Tatsachen kann der erfahrene Sozialpolitiker und Bevölkerungspoli-
tiker wichtige Schlüsse ziehen. Die erste Schlußfolgerung besteht
darin, daß diese alten Mitbürger ihren Lebensunterhalt nicht mehr
selbst sichern können. Deshalb hat die Gemeinschaft die Verpflich-
tung übernommen, ihren Lebensunterhalt durch eine Rente oder Pen-
sion, oder im Notfall durch eine Fürsorgerente zu sichern. In Öster-
reich sind wir in dieser Beziehung glücklicherweise schon sehr weit
gekommen. Bekanntlich soll noch heuer die Altersversorgung für die
Selbständigen in den freien Berufen, in Handel und Gewerbe und in
der Landwirtschaft durch Gesetz eingeführt werden. Die Altersver-
sorgung der öffentlich Bediensteten, der Arbeiter und Angestellten
in der Privatwirtschaft, besteht schon seit längerer Zeit und um-
faßt bereits den überwiegenden Teil der berufstätigen Bevölkerung.
Obwohl wir uns alle an diesen Fortschritt schon gewöhnt haben, sol-
len wir uns doch immer wieder daran erinnern, welch weiten und er-
folgreichen Weg wir bei der Altersversorgung bereits zurückgelegt
haben. Viele von uns haben noch in ihrer Jugend, wenn sie die For-
derungen an die Zukunft ausdrücken wollten, die Worte von Ferdinand
Freiligrath zitiert:

"Was wir begehren von der Zukunft Fernen,
daß Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,
daß unsere Kinder in der Schule lernen,
und unsere Greise nicht mehr betteln gehen!"

Gewiß, es wird immer wieder Menschen geben, die im Lebenskampf
versagen und dann in irgend einer Art außerhalb der menschlichen
Gesellschaft leben. Aber die übergroße Zahl der Menschen hat eine
sichere, wenngleich auch manchmal bescheidene Grundlage für ihren
Lebensabend. Darf ich Sie daran erinnern, wie in früheren Jahren,
hauptsächlich während der großen Wirtschaftskrise, an vielen Stras-
senecken bettelnde Männer und Frauen standen, manchesmal auch Kin-
der und Kriegsinvalide. Der Freitag war damals immer der Tag der
Bettler, die in den Wohnhäusern von Tür zu Tür gingen und vor allem
aber die Geschäftslokale der Reihe nach aufsuchten. Ich erinnere
mich, daß die Bettler damals an vielen Wohnungstüren ein rundes
Schildchen vorfanden, auf dem zu lesen war, daß der Wohnungsinhaber

Mitglied des Vereines zur Bekämpfung der Bettelei ist.

Es ist üblich, die Zivilisation eines Volkes nach dem Verbrauch von Papier, Seife oder Wasser zu messen. Die Kulturleistungen könnte man etwa messen nach der Zahl der Schulen und Theater, der Lehrer, der Künstler und Nobelpreisträger, aber auch nach dem Grad der Verantwortung gegenüber den alten Mitbürgern. Ein Volk, das für seine Alten nicht sorgt, ist wie eine Familie, der das Schicksal von Vater und Mutter gleichgültig geworden ist.

Wenn nun durch die Leistungen der Gemeinschaft die materiellen Sorgen unserer alten Mitbürger im großen Ausmaß gemildert sind, so stehen sie doch noch vor einer anderen, vor einer menschlichen Gefahr; es ist die Gefahr der Vereinsamung. Nach einem arbeitsreichen Leben in Beruf und Familie stehen die meisten von ihnen an ihrem Lebensabend allein da, denn die Jungen haben eine Familie gegründet und führen ein eigenes Leben. Wenn man diesen alten Menschen helfen will, dann muß man ihnen die Furcht vor dem Alleinsein, ja, um es ganz deutlich zu sagen, die Furcht vor dem Vergessensein nehmen. Man muß ihnen immer wieder Gelegenheit geben, mit dem Leben in Verbindung zu bleiben. Und damit beginnt nun die neue, die große Aufgabe des Fürsorgewesens in der Gemeinde. Ich will Ihnen nun schildern, wie die Gemeinde diese Gedanken in die Wirklichkeit umgesetzt hat.

In der schönen Jahreszeit ist die Gefahr des Alleinseins für den alten Menschen nicht besonders groß. Ist er körperlich halbwegs rüstig, kann er seine Zeit in vielen öffentlichen Gartenanlagen verbringen. Aber im Winter ist das ganz anders. Bei schlechtem Wetter geht man nicht gerne hinaus und obwohl unsere Befürsorgten zu ihrer Rente noch einen Heizzuschuß bekommen, wird doch mit der Kohle gespart, weil man ja nie weiß, ob es nicht noch kälter wird. Also dürfte man sich eigentlich gar nicht wohlfühlen. Das ist aber nicht mehr notwendig, denn die Gemeinde sorgt seit dem Jahre 1952 dafür, daß den Befürsorgten und Sozialrentnern die Tagesheimstätten zur Verfügung stehen. In diesem Winter werden 66 solche Heime in allen 23 Bezirken, und zwar wochentags von 13 bis 19 Uhr geöffnet sein. Es ist nun sehr interessant, daß, entgegen der ursprünglichen Absicht, diese Tagesheimstätten immer mehr von Sozialrentnern besucht werden. Im vergangenen Winter waren nur 28 Prozent der Besucher Dauerbefürsorgte der Gemeinde, während 72 Prozent Rentner und

Pensionisten waren. Diese 66 Heime werden ungefähr eine halbe Million Besucher haben, denn sie werden täglich von rund 4.600 Menschen aufgesucht. Und nun sage ich Ihnen eine Zahl, die Ihnen schon sehr bekannt vorkommen wird. Die Besucher sind zu 82 Prozent Frauen und nur zu 18 Prozent Männer. Hier drückt sich wieder der große Frauenüberschuß in den höheren Altersjahrgängen aus. Der größte Teil der Besucher steht zwischen dem 70. und 80. Lebensjahr, der älteste Besucher zählte 95 Jahre. In den Heimen finden die Besucher viele Möglichkeiten der Geselligkeit und der Zerstreuung. Natürlich wird auch für das leibliche Wohl gesorgt, denn täglich gibt es Milchkaffee, dazu zweimal in der Woche Kuchen und einmal im Monat ist der sogenannte "sorgenfreie Tag", an dem auch ein Mittag- und Abendessen aufgetischt wird. Dank dem Verständnis der Zeitungsherausgeber liegen Tages- und Wochenzeitschriften auf. Viele Frauen beschäftigen sich mit ihren Handarbeiten, und dann wird natürlich fleißig Domino, Schach und Karten gespielt. Von Zeit zu Zeit werden Tonschmalfilme vorgeführt, einmal im Monat gibt es eine Schüleraufführung der benachbarten Schulen. Ein Wiener Theater hat im vergangenen Winter in dankenswerter Weise Hunderte von Eintrittskarten zur Verfügung gestellt. Jetzt kann ich auch verraten, daß - so wie in den vergangenen Jahren - die Generalprobe der Wiener Eisrevue am 23. Dezember zum größten Teil für unsere Alten aus den Tagesheimstätten reserviert ist.

Die Bemühungen der Gemeinde für unsere dauerbefürsorgten alten Mitbürger erstrecken sich nicht nur auf die Winterszeit, sondern auch auf die Sommermonate. Seit dem Jahre 1952 erfreut sich die Urlaubsaktion der Gemeinde Wien in den Kreisen der Dauerbefürsorgten außerordentlicher Beliebtheit. In den letzten Jahren haben je 3.000 Dauerbefürsorgte Urlaub gehabt; bisher insgesamt schon 12.700. Begreiflicherweise können aber an dieser Aktion nur gesunde Personen teilnehmen, da in den Urlaubsheimen keine Möglichkeit bestünde, Pflegebedürftige oder Kranke unterzubringen. Die Urlaube werden in der Zeit von Ende April bis Ende September in zweiwöchigen Turnusen durchgeführt, und zwar derzeit in sechs Heimen. Fünf davon sind in Niederösterreich und eines ist in Oberösterreich. Die Urlauber bekommen nicht nur ihre Fürsorgerente weiterbezahlt, sondern dazu noch ein Taschengeld, um einige Bedürfnisse decken zu können. Auffällig sind auch bei dieser Aktion wieder die vielen Frauen. An der

vergangenen Urlaubsaktion nahmen 2.670 Frauen und nur 330 Männer teil. Das Durchschnittsalter der Urlauber betrug 69 Jahre, den Rekord hielt aber eine 99jährige rüstige Wienerin, die im Heim Heiligenkreuz ihren Urlaub verbrachte. Wenn man gemeinhin von den schönen Urlaubsfreuden im Sommer spricht, denken die wenigsten daran, daß nicht nur die jungen, sondern auch die alten Menschen Urlaubsfreuden brauchen. Die Abwechslung, das Kennenlernen anderer Menschen und die schöne landschaftliche Umgebung wirken auf die Alten genau so belobend wie auf die Jungen. Am meisten beeindruckt bin ich bei Besuchen in diesen Urlaubsheimen immer wieder, wenn mir alte Mütter mit 70 und mehr Jahren gestehen, daß sie das erste Mal in ihrem arbeitsreichen Leben einen Urlaub haben. Jahrzehnte hindurch hätten sie für andere gesorgt und endlich könnten auch sie sich einmal an einen Tisch setzen, an dem sie bedient werden.

Wenn aber im Herbst die Urlaubsaktion zu Ende ist, findet eine Wiedersehensfeier aller Urlauber statt. Da treffen sich die alten Damen und Herren zu einer Sondervorstellung in der Volksoper und die Künstler spielen für ihre alten Mitbürger mit besonderer Freude und mit besonderem Eifer. Heuer stand der "Bettelstudent" auf dem Programm. In den vergangenen zwei Jahren der "Zigeunerbaron" und das "Land des Lächelns". Am Schluß dieser Vorstellungen strahlt echte Lebensfreude aus den Augen der alten Frauen und Männer, und wenn sie sich mit dem Gruß "Auf Wiedersehen" verabschieden, so spricht daraus wirkliche Hoffnung auf kommende frohe Erlebnisse.

Leider ist die Zeit heute zu knapp, um Ihnen auch noch über die Muttertagsfeiern zu berichten, welche die Gemeinde für die dauerbefürsorgten alten Mütter alljährlich auf dem Kahlenberg veranstaltet. Ich hoffe, Ihnen später einmal davon erzählen zu können.

Heute muß ich Ihnen aber noch über ein Problem berichten, das mich seit geraumer Zeit sehr stark beschäftigt. Es ist allgemein bekannt, daß alte Menschen für Krankheiten leichter anfällig sind als jüngere Menschen. Ich habe seinerzeit auch schon darüber berichtet, daß die städtischen Altersheime in den letzten Jahren immer mehr den Charakter von Altersspitälern angenommen haben. In der medizinischen Wissenschaft hat sich sogar schon ein Spezialfach für Alterskrankheiten, die Geriatrie, entwickelt. Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen den immer stärker hervortretenden Alterskrankheiten und den Bettenverhältnissen in den Wiener Spitälern.

Da auch mit dem geplanten Umbau des Allgemeinen Krankenhauses eine Umstellung der Bettenverhältnisse verbunden sein wird, scheint es mir notwendig, an die Errichtung eines Spitales für Alterskrankheiten zu denken. Leider steht mir der Rat meines verstorbenen Freundes Prof. Dr. Felix Mandl nicht mehr zur Verfügung, mit dem ich zu seinen Lebzeiten öfter über dieses Problem diskutierte.

Als ich vor kurzem anlässlich der Österreichischen Woche in Stuttgart war, verband ich damit die Nebenabsicht, die neu erbaute Abteilung für Alterskrankheiten im dortigen Bürgerhospital zu besichtigen. Der ausgezeichnete Eindruck, den ich davon gewann, ließ meine Absichten zur Errichtung eines Spitales für Alterskrankheiten noch reifer werden. Falls sich meine Hoffnungen und Wünsche auf diesem Gebiete erfüllen lassen, würde sich dann für unsere alten Mitbürger eine willkommene Verbesserung der Krankenbehandlung ergeben.

Die Weihnachtswünsche des Bürgermeisters

Liebe Hörerinnen und Hörer! Meine heutige Sendung ist die letzte vor den Weihnachtsfeiertagen. Aus diesem Anlaß wünsche ich Ihnen und allen Wienerinnen und Wienern aus ganzem Herzen viel Festasfreude im Kreise Ihrer Familie und Ihrer Freunde!

- - -

Die Budgetdebatte im Wiener Rathaus
=====

16. Dezember (RK) Heute, um 11 Uhr, beginnen im Rathaus die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958. Zu den Referaten der zwölf Berichterstatter haben sich vorläufig 37 Debatteredner angemeldet.

Die Budgetverhandlungen beginnen mit der General- und Spezialdebatte zur Geschäftsgruppe II: Finanzwesen. Berichterstatter: Stadtrat Felix Slavik. Wortmeldungen für General- und Spezialdebatte: die Gemeinderäte Josef Lauscher und Dr. Ludwig Soswinski (VO), GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP), GR. Dr. Wilhelm Stemmer (SPÖ).

Zu den Spezialdebatten über die weiteren Geschäftsgruppen stehen auf der Rednerliste vorläufig folgende Namen:

Geschäftsgruppe I: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform. Berichterstatter: Stadtrat Hans Riemer. Debatteredner: Dr. Ludwig Soswinski (VO), GR. Dr. Carl Freytag (ÖVP), GR. Johann Schiller (SPÖ).

Geschäftsgruppe III: Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung. Berichterstatter: Stadtrat Hans Mandl. Debatteredner: GR. Dr. Heinz Christoph (VO), GR. Eleonore Hiltl (ÖVP), GR. Adolf Planek (SPÖ).

Geschäftsgruppe IV: Wohlfahrtswesen. Berichterstatter: Vizebürgermeister Karl Honay. Debatteredner: GR. Josef Lauscher (VO), GR. Franz Peterlin (ÖVP), GR. Otto Gratzl (SPÖ).

Geschäftsgruppe V: Gesundheitswesen. Berichterstatter: Vizebürgermeister Lois Weinberger. Debatteredner: GR. Dr. Heinz Christoph (VO), GR. Dr. Karl Eberle (ÖVP), GR. Käthe Jonas (SPÖ).

Geschäftsgruppe VI: Bauangelegenheiten. Berichterstatter: Stadtrat Leopold Thaller. Debatteredner: GR. Theodor Maller (VO), GR. Dkfm. DDr. Pius Prutscher (ÖVP), GR. Helene Potetz (SPÖ).

Geschäftsgruppe VII: Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten. Berichterstatter: Stadtrat Karl Lakowitsch. Debatteredner: GR. Richard Kronberger (VO), GR. Ing. Arch. Johann Lust (ÖVP), GR. Herbert Mayr (SPÖ).

Geschäftsgruppe VIII: Öffentliche Einrichtungen. Berichterstatter: Stadtrat Franz Koci. Debatteredner: GR. Theodor Maller (VO), GR. Franz Walzer (ÖVP), GR. Josef Wiedermann (SPÖ).

Geschäftsgruppe IX: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen.

Berichterstatter: Stadtrat Franz Glaserer. Debatteredner: GR. Josef Hausner (VO), GR. Rudolf Wohlmuth (ÖVP), GR. Josef Windisch (SPÖ).

Geschäftsgruppe X: Wirtschaftsangelegenheiten. Berichterstatter: Stadtrat Franz Bauer. Debatteredner: GR. Richard Kronberger (VO), GR. Dipl.-Ing. Franz Hengl (ÖVP), GR. Maria Hirschler (SPÖ).

Geschäftsgruppe XI: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Berichterstatter: Stadtrat Josef Afritsch. Debatteredner: GR. Josef Hausner (VO), GR. Markus Bittner (ÖVP), GR. Karl Fürstenhofer (SPÖ).

Zum nun folgenden Referat Bilanz und Bedeckung des Stadtrates Slavik, das die Beratungen über den Voranschlag der Hoheitsverwaltung abschließt, liegt keine Wortmeldung vor.

Geschäftsgruppe XII: Städtische Unternehmungen. Berichterstatter: Stadtrat Dkfm. Richard Nathschläger. Debatteredner: GR. Theodor Maller (VO), GR. Dr. Hans Wollinger (ÖVP), GR. Franz Adelpoller (SPÖ).

- - -

Die Debatte

Bürgermeister Jonas eröffnete hierauf die Generaldebatte und die Spezialdebatte zur Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen.

GR. Lauscher (VO) betonte, daß die Wohnungsnot in Wien noch außerordentlich groß und Wien noch weit davon entfernt ist, jedem Wiener Haushalt seine eigene Wohnung zu bieten. Die entscheidende Methode zur Bekämpfung der Wohnungsnot bleibt die Verstärkung des sozialen Wohnhausbaues. Das Wohnungsvermietungsgesetz hat sich als ungeeignet erwiesen, den Wohnungswucher erfolgreich zu bekämpfen. Besondere Maßnahmen sind notwendig, um den Bombengeschädigten zu helfen. Den Bediensteten der Stadt Wien müssen endlich dieselben Rechte gewährt werden, die sie in der Ersten Republik hatten. Dazu gehört auch der 14. Monatsgehalt. Daneben muß der Kampf um die 40-stundenwoche fortgesetzt werden.

Die Verkehrsmisere werde immer unerträglicher. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind leider weit hinter dem neuzeitlichen Bedarf zurückgeblieben. Die Opfer sind vor allem die Arbeiter und die Angestellten. Der Bau einer Schnellbahn zieht sich in die Länge. Der Redner fordert den Bau eines zweiten Stadtbahnringes, den Ausbau des Autobusnetzes, eine Verkürzung der Intervalle bei der Straßenbahn, den Ersatz gewisser Straßenbahnlinien durch Autobusse und die Erneuerung des überalteten Wagenparkes. Die Straßenbahn muß soziale Tarife haben, darum ist jede Tarifierhöhung und insbesondere jede Verteuerung der Arbeiterwochenkarte abzulehnen. Die letzte Verteuerung des Straßenbahntarifes gab den Unternehmern das Signal zu großen Preissteigerungen. Es hat den Anschein, daß die Sozialistische Partei aus dieser Lektion nichts gelernt hat. Die heutige Zeit verlangt einen tragbaren Tarif, der durch Zuschüsse von Stadt und Staat gestützt werden muß.

Die Gemeindeverwaltung hat in den letzten Jahren auf viele hundert Millionen Schilling zugunsten des Bundes verzichtet. Die Benachteiligung Wiens durch den Bund ist eine schwere Anklage gegen die Finanzpolitik der Stadt Wien. Die ÖVP haßt ein Wien mit einer Mehrheit der Arbeiterstimmen und einer fortschrittlichen Sozialpolitik.

Der Redner vertritt die Ansicht, daß die sozialistischen Mandatäre der Gemeinde Wien die Interessen der Stadtverwaltung gegenüber dem Bund unzulänglich vertreten. Sie müßten viel energischer vorgehen. Die ÖVP und mit ihr vor allem Finanzminister Dr. Kamitz wären entschlossen, die Benachteiligung Wiens weiterhin zu handhaben. Die Volkspartei ist ein ernster Hemmschuh für die fortschrittliche Entfaltung unserer Stadt.

Der Redner kommt sodann auf wirtschaftliche Probleme unserer Stadt zu sprechen und verweist auf die Notwendigkeit der Intensivierung des Osthandels. Als mit den Interessen unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft nicht vereinbar bezeichnet der Redner die Auslieferung eines Teiles unserer Erdölwirtschaft an ausländisches Kapital. Er stellt einen diesbezüglichen Resolutionsantrag.

Abschließend stellt GR. Lauscher fest, daß unsere Stadt, in der die Arbeiterschichten in der Mehrheit sind, nach den Wünschen der arbeitenden Menschen verwaltet werden soll. Seine Fraktion werde auch im kommenden Jahr alles unterstützen, was für die arbeitende Bevölkerung von Wien nützlich ist. Sie werden den Kampf gegen die Benachteiligung Wiens führen und die Rechte der Stadt verteidigen. Der Kampf gelte auch den Preistreibern und Wohnungswuchern. Seine Fraktion lasse sich in ihrer Haltung zum Voranschlag nur von diesen Gesichtspunkten leiten.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) spricht von der Bedeutung Wiens, das durch seine günstige Lage und seine Kunst- und Kulturstätten schon einmal Weltstadt war. Zweimal hat das Schicksal die Stadt hart getroffen, doch sie hat sich wieder erholt, nicht zuletzt durch die gute Finanzpolitik der Regierung. Der Bund hat nicht nur Milliarden für das Bauwesen bereitgestellt, sondern auch für den Wiederaufbau von Burg und Oper gesorgt. Wenn heute wiederholt erwähnt wurde, daß Wien bedeutende Leistungen als Bundeshauptstadt zu tragen habe, muß gesagt werden, daß der Bund der Stadt viele Lasten abgenommen hat. Wien hat wieder aufgebaut und Wien kann und soll auch wieder Weltstadt werden. Sollte es dem Finanzreferenten ernstlich darum zu tun sein, Wien für einen Fremdenzustrom bereitzumachen, muß dies auch im Budget zum Ausdruck kommen.

Der Bund hat das Seine durch den etappenweisen Ausbau der Autobahn und die etappenweise Elektrifizierung beigetragen. Wien könnte durch Beschreitung des Anleiheweges gleichfalls viele große Pläne verwirklichen, und vor allen Dingen einmal das Verkehrsproblem lösen. Zunächst müßte aber einmal gründlich geplant werden, auch in finanzieller Hinsicht.

Kritik übt die Rednerin an einigen Punkten der Verfassung der Stadt Wien. So mißt man zum Beispiel dem Stadtrat einer Verwaltungsgruppe die gesamte Verantwortung für seine Gruppe zu, läßt ihn aber auf der anderen Seite nicht darüber bestimmen, wer in seiner Gruppe beschäftigt wird. Andere Punkte der Verfassung werden leider wieder nicht genügend berücksichtigt. So gehe es zum Beispiel nicht an, daß in den Wohnhäusern der Gemeinde Wien Räume im Ausmaß von 25.000 Quadratmetern der SPÖ zur Verfügung gestellt werden. Diese Räume sind Eigentum aller Wiener und aus Steuergeldern erbaut worden. Darüber hinaus ist aber der Mangel an Wohnungen noch so bedeutend, daß auch aus diesem Grunde dieser Vorgang verurteilt werden muß. Gleichfalls als nicht notwendig erachtet die Rednerin die Vergebung von vielen Geschäftslokalen in den städtischen Wohnhäusern an den Konsumverein. Als zu gering bezeichnet GR. Dr. Stürzer die Mittel, die für Landes- und Stadtplanung vorgesehen sind. Es ist dies ein Betrag von nur 447.000 Schilling. Wo bleibt der Plan für das neue Allgemeine Krankenhaus? Der Bund hat sich bereiterklärt, die halben Baukosten zu übernehmen. Die Aufgabe der Stadtverwaltung ist es nun, den Plan ehestens fertigzustellen. Als bedauerlich bezeichnet die Rednerin, daß wohl der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung beim Bau der Stadthalle zugezogen wurde, der Amtsführende Stadtrat für Gesundheitswesen und der zuständige Ausschuß jedoch nicht zum Bau des Allgemeinen Krankenhauses. Nicht zu verstehen ist auch, daß für bisher 20 Millionen Schilling Baukostenbeitrag eine Schule in Floridsdorf in ein Krankenhaus umgebaut wird, andererseits man aber daran denkt, das Brigittaspital gegen wieder hohe Baukosten in ein Mittelschülerpensionat umzubauen.

Die Rednerin beschäftigt sich dann mit dem Wohnungsmangel. Wir bauen zwar viel, aber es ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die ÖVP bekennt sich zum kommunalen Wohnungsbau, aber ebenso notwendig sind alle anderen Formen des Wohnungsbaues wie Eigentumsbau, Genossenschaftlicher Wohnbau usw. Es ist zu hoffen, daß der Plan der ÖVP verwirklicht wird, der für jene Menschen, die es sich leisten können, vorsieht, daß sie aus eigenen Mitteln zum Bau ihrer Wohnungen beitragen.

Bei der Lösung der Verkehrsprobleme vermisst man auch hier die vorausschauende Planung. Die Rednerin führte als Beispiele dafür u.a. den Umbau der Ringturnkreuzung an, der nicht zuletzt durch den unpassenden Bau des Ringturms an diesem Verkehrsknotenpunkt unserer Stadt notwendig wurde.

Zur Frage des Autobahnbaues in Wien wies Dr. Starzer darauf hin, daß die Autobahn für Wien nicht gerade von Nachteil sei. Aber überall in der Welt hören Autobahnen vor dem dichter verbauten Stadtgebiet auf. Die Rednerin zitierte in diesem Zusammenhang einen Brief des Stadtrates Thaller an Vizebürgermeister Weinberger, in dem gebeten wird, daß der Bund für die Schnellverkehrsstraßen einen Beitrag leisten möge, die im Anschluß an die Autobahn zu bauen wären. Vizebürgermeister Weinberger hat sich nun dafür eingesetzt, und der Bund war bereit, die Hälfte der Kosten für die Wientalschnellstraße zu tragen (Beifall bei der ÖVP). Wenn man nun glaubt, auf 350 Millionen verzichten zu können, überlassen wir die Beurteilung darüber der Wiener Bevölkerung.

Abschließend sagte die Generaldebatterin der ÖVP, daß auf viele andere Fragen noch in der Spezialdebatte bei den einzelnen Geschäftsgruppen einzugehen sein werde. Die Volkspartei verwahre sich jedoch dagegen, daß man sie, wie dies in der "Arbeiter-Zeitung" geschehen ist, als kleinlich bezeichnet, und behauptet, daß die ÖVP eifersüchtig darüber wache, daß nichts geschieht. Wir sind sogar sehr dafür, daß viel geschieht und haben dazu sehr viel geleistet. Wir sind jedoch dagegen, daß in dieser Stadt Dinge geschehen, die zu Lasten der Bevölkerung der Sozialistischen Partei dienen.

Wenn wir auf unserem Recht bestehen, Kritik zu üben und positive Vorschläge zu machen, ja dies sogar als unsere Pflicht erachten, so tun wir das aus dem Bewußtsein, daß Wien die Chance hat, wieder Weltstadt zu werden. Mit Gottes Hilfe wollen wir dieses Ziel erreichen. Im Namen ihrer Fraktion dankte die Rednerin den Bürgern der Stadt dafür, daß sie es in diesem Jahr wie in allen Jahren bisher durch ihre Arbeit und ihren Fleiß möglich gemacht haben, den Aufbau Wiens durchzuführen (Beifall bei der ÖVP). Sie dankte auch allen Beamten, Arbeitern und Angestellten der Stadt für ihre Leistungen. Die ÖVP werde dem Budget 1958 ihre Zustimmung geben.

Hierauf spricht GR. Dr. Soswinski (VO): Der mit zunehmender Stärke geführte Kampf der Finanzminister gegen die Finanzhoheit der Länder und Gemeinden, der Kampf gegen die Steuerhoheit der Länder und ein immer neues Überwälzen von Verpflichtungen des Staates auf die Schultern der Gemeinden und Länder sind der entscheidende Bestandteil der Finanzpolitik des Bundes und der dort verherrschenden Klasseninteressen. Dem Finanzminister und seinen Vorgängern ist es durch dauernde Verschlechterung der Lage der Länder und Gemeinden und im besonderen der Lage der Stadt Wien gelungen, die Interessen der Arbeitenden in Stadt und Land zu schädigen. Der Deckmantel, man müsse irgendeiner kleinen Bauerngemeinde helfen, ist nur ein Mittel, den Sachverhalt zu vernebeln.

Was spielt sich in der Praxis bei den Finanzausgleichsverhandlungen ab? Der Finanzminister wünscht das Bundespräzipium von annähernd 700 Millionen zu bekommen. Er wünscht die Steuerhoheit der Länder und Gemeinden zu schmälern und er wünscht drittens, den Ländern und Gemeinden immer neue Lasten aufzuhalsen, ohne ihnen dafür auch nur irgendeine Steuerquelle zu erschließen. Die Länder und Gemeinden dagegen wollen das Bundespräzipium beseitigen, bestehende Steuerrechte und -einnahmen erhalten und bei neuen Aufgaben neue Steuerquellen. Da beginnt nun der Finanzminister einen vehementen Angriff gegen die Finanzrechte der Gemeinden. Am Schluß des Jahres, wenn Bilanz gezogen wird, wird berichtet, wie erfolgreich die Vertreter der Gemeinde Wien bei den Finanzausgleichsverhandlungen waren. Gemessen an dem Angriffsprogramm des Finanzministers ja, aber gemessen an den Forderungen der Länder und Gemeinden und der Gemeinde Wien überhaupt nicht.

Im Gegenteil, die Abrechnung am Ende des Jahres fällt im allgemeinen immer wieder zu Ungunsten der Länder und Gemeinden, ganz besonders zu Ungunsten der Gemeinde Wien aus. Wenn man einmal sagt, das Jahr ist weitaus besser gewesen, dann hat man nicht so viel verloren, dann ist man noch mit einem blauen Auge davongekommen.

Mit welcher Unverfrorenheit hier Anschläge gegen Wien in Szene gesetzt werden, das zeigt das Beispiel der Autobahn. Und wenn man sagt, daß Begehrlichkeiten geweckt würden, wenn der Bund den Bau der Autobahn in Wien übernimmt, dann bezeichne man doch diese Strecke in Wien nicht als Autobahn, sondern als Bundesstraße, und dann hat der Bund die Aufgabe, die Straße durch das Wiental zu bauen und instandzuhalten.

Hinsichtlich der Mineralölsteuer, bei der der Staat noch einen Zuschlag einhebt, genügen ebenfalls nicht nur Erklärungen. Dagegen müssen die öffentlichen Körperschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen.

Bei der Gesetzgebung wachen die Anwälte der Volkspartei sehr genau darüber, daß die Rechte des Bundes nicht geschmälert werden. Wie sieht es aber beim Bezahlen aus? Wer wacht darüber? Darüber kann doch nur der Gemeinderat wachen! Da hat aber in diesem Haus auch die Mehrheit versagt.

Redner kommt auch auf Wohnbaufragen zu sprechen und vertritt die Ansicht, daß die höheren Mieten bei durch Genossenschaften usw. errichteten Neubauten eine Vorbereitung für eine Heraufsetzung der Mieten in den Althäusern sein soll, daß man über diesen Weg, indem man den Unterschied in den Zinshöhen aufzeigt, die Widerstandskraft der Bevölkerung gegen eine Zinserhöhung lähmen will.

Als Forderungsprogramm müßte die Gemeinde aufstellen: Beseitigung des Bundespräzipiums, Aufteilung der Einnahmen aus der Mineralölsteuer einschließlich Zuschlag zum Beispiel nicht nach dem derzeitigen Bundesstraßennetz, sondern in Anlehnung an das wirkliche Straßennetz eines Landes, und Erschließung neuer Steuerquellen für Länder und Gemeinden, falls sie neue Aufgaben übernehmen. Wenn der Finanzminister kein Geld hat, dann möge er eine Luxussteuer einführen.

Es soll ein Finanzausgleich beibehalten werden, von dem der Vorgänger des Finanzreferenten gesagt hat, er ist schlechter als jemals im demokratischen Regime. Mit dem können wir uns nicht einverstanden erklären.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) wies einleitend darauf hin, daß der heutige Voranschlag von einem neuen Finanzreferenten eingebracht wurde. Das soll Anlaß zu einigen grundsätzlichen Betrachtungen über die sozialistische Finanzpolitik sein. Es ist selbstverständlich, daß der neue Mann in der neuen Funktion nichts anderes tun kann und will, als die Grundsätze jener Finanzpolitik weiterzuentwickeln, die in Wirklichkeit die Kommunalpolitik seit 1919 kennzeichnen. Alles das, was wir heute auf so vielen Gebieten als Selbstverständlichkeiten ansehen, ist mühselig und hart auf dem demokratischen Kampfboden errungen worden (Beifall bei der SPÖ). Es waren Männer und Frauen auf beiden Seiten dieses Hauses, die in ihrer Weise dazu beitrugen. Die Demokratie hat die Grundlagen für all das geschaffen, worauf wir und der neue Finanzreferent in moderner Form weiterbauen werden müssen.

Die Aufgabe der sozialistischen Finanzpolitik ist es, die Lasten so gerecht als möglich zu verteilen. Stadtrat Slavik war sich als neuer Finanzreferent so wie wir bewußt, daß hier eine Tradition vorliegt, die zurückgeht auf Dreitner, Danneberg, Honay und Resch. Diese Tradition ist gekennzeichnet durch eine saubere, korrekte, schuldenfreie und anständige Finanzpolitik (Beifall bei den Sozialisten).

Wir haben vor 12 Jahren vielleicht die Größe der Aufgabe, die uns gestellt war, gar nicht erfaßt. Der Gemeinderat hat aus Anlaß der gewaltigen wirtschaftlichen Veränderungen stets die notwendigen Beschlüsse gefaßt. Aber nicht ein einziges Mal ist der Finanzreferent dieser Stadt aufgestanden und hat gesagt, das könne man nicht machen, weil die Kassen leer sind. Diese vorsorgliche, oft verlästerte und verhöhnte Finanzpolitik ist in Wahrheit die solide Grundlage, die es uns ermöglicht hat, alle Krisenerscheinungen abzufangen und der Entwicklung Rechnung zu tragen (Beifall bei der SPÖ). Alles, was heute die Bewunderung und das Aufsehen der Welt erregt, ist ohne zusätzliche Belastung der Wiener Bevölkerung vollführt worden. Das ist eine gewaltige Hypothek, die die sozialistische Fraktion in die Hände des neuen Stadtrates gelegt hat. Wir sind froh zu wissen, daß diese Hypothek gut verwahrt werden wird.

Finanzausgleich und Abgabenteilung waren schon immer nur scheinbar ein wirtschaftliches Problem, in Wahrheit ist der Finanzausgleich immer mehr zu einem politischen Problem geworden. In der Ersten Republik hat der Finanzminister des Bundes jede Möglichkeit benützt, um Wien an großzügigen Investitionen zu hindern. Es scheint, daß nicht alle aus der Entwicklung die richtigen Schlüsse gezogen haben und daß sich manches auf dem Wege des Finanzausgleiches wiederholen könnte, was in den Jahren 1930 bis 1932 zu einer völligen Lahmlegung der kommunalen Leistungstätigkeit auf verschiedenen Gebieten geführt hat. In der letzten Zeit sind viele Äußerungen gefallen, die darauf schließen lassen könnten, daß das Verhältnis der Länder zur Bundeshauptstadt ein trübes ist. Man sollte in den Bundesländern doch etwas mehr Liebe zur Bundeshauptstadt spüren. Beim Finanzausgleich bekommt die Stadt Wien nie das herein, was in Wien an Steuern aufgebracht wird. Es ist selbstverständlich, daß die Vertreter der Stadt Wien trachten werden, das bestehende Verhältnis zugunsten Wiens zu verbessern.

GR. Dr. Stemmer befaßte sich sodann mit der Sanierung der Verkehrsbetriebe und erklärte, daß die 1955 festgefahrene Haltung der ÖVP und ihrer Verantwortlichen für diese Frage sich bitter gerächt hat. Als die Volkspartei im Juli 1957 auf die schlechte Situation der Verkehrsbetriebe aufmerksam machte, hat sie mit Recht gedrängt, daß diese Fragen ehestens in Parteienverhandlungen besprochen werden. Als im Jahre 1955 von sozialistischer Seite vorgeschlagen wurde, die ganze Tarifffrage in Parteienverhandlungen zu klären, hat der ÖVP-Stadtrat erklärt, das wäre nicht notwendig, denn seine Fraktion sei dagegen. Schon dieser Unterschied in der Behandlungsweise läßt die Hoffnung zu, daß es diesmal gelingen wird, mit einer erträglichen Lösung herauszukommen.

Die Volkspartei hat einen Sanierungsplan vorgelegt. Die Diskussion hat sich nur auf den ersten Punkt dieses Planes beschränkt, nämlich wie das Defizit von 300 Millionen Schilling allmählich weggebracht werden kann. Der Vorschlag der ÖVP enthielt auch das Projekt einer großzügigen Verkehrsplanung, dessen Durchführung in die Milliarden ginge. Der Bau von nur drei Kilometer Untergrundbahn im Jahr kostet nach internationaler Erfahrung etwa 600 Millionen Schilling. 600 Millionen Schilling im Jahr sind aber für die Gemeinde eine außerordentlich hohe Belastung. Es ergibt sich ernst-

haft die Frage, ob überhaupt eine Aussicht besteht, solche Ausgaben in nächster Zeit finanziell zu bedecken. Der Ansicht der Gemeinderätin Dr. Stürzer, daß es sinnlos sei, eine Autobahn bis zur Stadtmitte zu führen, könne man sich anschließen. Dieser Vorschlag wurde aber nicht von der Gemeindeverwaltung sondern vom Handelsminister gemacht. Eine Autobahn in einer Stadt gibt es ja nirgends, eine Autobahn aber, die in eine Stadt einmündet, überall. Außerdem müßte man sie innerhalb der Stadt nicht "Autobahn" nennen, es könnte auch eine Bundesstraße sein. Die Tragung der halben Baukosten durch den Bund sei kein Geschenk an die Gemeinde Wien, denn diese müßte ihrerseits 350 Millionen Schilling für den Bau aufbringen.

Bei dem Gedanken, Wien zur Weltstadt zu machen, darf nicht darauf vergessen werden, daß diese Stadt auch der Lebensraum für ihre Bewohner ist. Weltstädte aus dem Nichts zu gestalten, geht leider nicht. In Salzburg hat man zum Beispiel für verschiedene Bauvorhaben pro Monat und pro Kopf der Bevölkerung 4 1/2 Schilling eingehoben. Die Forderung nach Heranziehung von Krediten klingt sehr gut, aber es erhebt sich die Frage, ob man der kommenden Generation derartige Belastungen auferlegen könne. Wenn sich die Gemeindeverwaltung heute etwas rühren könne, dann nur deshalb, weil sie nicht Kreditlasten aus der Vergangenheit zu tragen hat. Das Sprichwort "Hinter uns die Sintflut" hat für demokratische Verwaltungen keine Berechtigung (Beifall bei der SPÖ). Zu wünschen wäre, daß die Wiener Bevölkerung die Leistungen innerhalb ihrer Stadt genauso würdigen und ihnen so aufgeschlossen gegenüberstehen würde, wie sie dies immer wieder im Ausland tut. Sicher hat der Wiener seine Stadt gern, aber leider neigt er dazu, alles was hier geschieht zu verkleinern und über alles zu raunzen. Ernster ist es, wenn eine politische Tageszeitung über Wien schreibt "Das Dorf mit 2 Millionen Einwohnern". Die Presse kann mithelfen, die Liebe zur Heimat zu vergrößern. In letzter Zeit hat sich auf diesem Gebiet ja glücklicherweise vieles geändert. Für diese kluge und sinnvolle Einstellung ist der Presse zu danken.

Vorschläge für die Verschönerung unserer Stadt gibt es ja genug. Leider wird aber nie dazu gesagt, wer ihre Verwirklichung bezahlen soll. Eine genauere Betrachtung des Budgets unter Berücksichtigung der verschiedenen Sanierungsvorschläge und des Finanz-

ausgleiches zeigt folgendes Bild: Die Beträge aus dem Finanzausgleich wären nach dem Wunsch des Finanzministers um 200 Millionen Schilling geringer. Die Ausgaben zur Sanierung der Verkehrsbetriebe in der Höhe von 300 Millionen, die Baukosten für die Autobahneinfahrt von 350 Millionen und die 600 Millionen Schilling für den Bau der ersten drei Kilometer der Untergrundbahn würden das augenblickliche Defizit der Gemeinde auf 1.650 Millionen Schilling erhöhen. Ein Betrag, für den im Budget keinerlei Bedeckung vorhanden ist, höchstens es käme jemand auf die Idee, die 1.500 Millionen Schilling, die für Bauvorhaben vorgesehen sind, hierfür zu verwenden. Eine derartige Bedeckung würde jedoch von der sozialistischen Mehrheit dieses Hauses abgelehnt (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Slavik stellt in seinem Schlußwort fest, daß durch einige Stunden eine kritische Prüfung des Voranschlages erfolgt ist. Zur Frage, wieviele Wohnungen von der Gemeindeverwaltung in den vergangenen Jahren fertiggestellt worden sind: Wegen Arbeitermangel und auch bedingt durch den Mangel an Baumaterial konnten die ersten Wohnungen erst im Jahre 1948 fertiggestellt werden, es waren 426. 1949 waren es 653, 1950 - 3116, 1951 - 6429, 1952 - 5890, 1953 - 5968, 1954 - 6029, dann im Jahre 1955 in Auswirkung des Wohnbauförderungsgesetzes neben 1000 Wohnungen auf dem genossenschaftlichen Sektor 5004 Gemeindewohnungen, 1956 - 5111 und bis zum 30. November 1957 - 4562. Insgesamt sind dies seit 1945 also 43.188 Wohnungen und 11.576, die sich derzeit noch im Bau befinden. Im kommenden Jahr soll jedoch besonders darauf geachtet werden, daß eine möglichst große Zahl der im Bau befindlichen Wohnungen fertig wird.

Einige weitere Fragen der Debatteredner haben sich auf Dinge bezogen, die nichts mit dem Wiener Budget zu tun haben. Dazu gehört auch der Ausbau der Schnellbahn und die Schaffung eines zweiten Stadtbahnringes. Die Schnellbahn, die von Meidling bis Floridsdorf geführt wird, ist Bundessache und wird im Jahre 1958 weiter beschleunigt. Die Stadtverwaltung legt auf die rasche Fertigstellung wert, da die Bauarbeiten am Praterstern damit im Zusammenhang stehen.

Zur Frage von Tarifregulierungen bei den Verkehrsbetrieben ist zu sagen, daß diese Angelegenheit vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet werden muß. Dr. Stemmer hat bereits darauf

verwiesen, daß man bei der Bevölkerung hier keine Illusionen erwecken dürfe. Er glaube aber, er müsse hier nicht erst den Beweis dafür erbringen, daß bei einer Regelung wirtschaftlich Schwächere geschont und der wirtschaftlich Stärkere entsprechend mehr herangezogen werden wird.

Den Antrag von GR. Lauscher, der sich gegen die Überführung von Teilen der Österreichischen Mineralölverwaltung in ausländisches Eigentum wendet, empfiehlt der Referent, dem Magistrat zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Stadtrat Slavik wendet sich dann den Ausführungen der Generaldebatterederin der ÖVP zu. Er stellte fest, daß die berühmte Steuersenkungspolitik des Bundes die Länder und Gemeinden 700 Millionen Schilling kostet. Die günstige wirtschaftliche Lage in Österreich sei jedoch keine Folge der Steuersenkungen und auch kein Verdienst des Finanzministers, sondern in der allgemein guten wirtschaftlichen Lage der westlichen Welt begründet. Wenn die Rednerin meint, daß der Bund auch viel für die Stadt Wien tue und dabei Staatsoper und Burg erwähnt, so hält dem der Referent entgegen, daß Staatstheater in den ganzen Welt eine Angelegenheit des Staates seien. Der Bund gibt aber auch für die Ländertheater Geld aus. Man braucht sich bloß anzuschauen, wieviel Geld der Bund für die Salzburger Festspiele ausgibt und wie gering dagegen sein Beitrag für die Wiener Festwochen ist (Beifall der SPÖ).

Zu einigen Zwischenrufen kommt es, als Stadtrat Slavik der ÖVP vorhält, daß sie sieben Parteilokale in Gemeindebauten habe. Der Referent weist auch darauf hin, daß die Vertreter der ÖVP im Jahre 1945, als er Stadtrat für Wohnungswesen gewesen war, zu ihm gekommen sind, und um mehr Lokale gebeten haben. Was die Vorgebung von Lokalen an die Konsumgenossenschaft betrifft, so müsse man bedenken, daß sie eine große wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen habe, nämlich preisregulierend zu wirken. Die Konsumgenossenschaften haben in den Krisenzeiten wesentlich dazu geholfen, daß die Preise nicht ins uferlose gestiegen sind.

Wegen des Krankenanstaltengesetzes bemerkt der Redner, daß die Wien benachteiligende Bestimmung von der ÖVP im Nationalrat verlangt wurde. Bürgermeister Jonas und er haben nur deswegen zugestimmt, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu verzögern, das für alle übrigen Gemeinden Vorteile brachte.

Was das Schülerinternat in der Brigittenau betrifft, so scheint hier nicht die Frage zu sein: Spital oder Internat, sondern: Kolpinghaus oder Internat? Hier sei er allerdings für das Schülerinternat und nicht für das Kolpinghaus.

Zu den in der Debatte aufgeworfenen Wohnungsproblemen meint Stadtrat Slavik, daß es zwei Extreme gebe, den privaten Wohnungsbau und den kommunalen Wohnungsbau, der jenen zugute kommen soll, die keinen Beitrag leisten können. Dazwischen liegen der genossenschaftliche und der Eigenheim-Wohnungsbau. Dann gibt es noch eine Abart: den Eigentumswohnungsbau mit Hilfe des Wohnungswiederaufbaufonds. Dieser Fonds hat jedoch in Wirklichkeit die Zweckbestimmung, den Ausgebombten Wohnungen zur Verfügung zu stellen, nicht aber jenen, die in der Lage sind, Geld auf den Tisch zu legen. Um nun den genossenschaftlichen Wohnungsbau in Übereinstimmung mit dem kommunalen Wohnungsbau zu bringen, ist es notwendig, die Bedürfnisse der jeweils in Betracht kommenden Bevölkerungsgruppen abzuwägen. Dies ist wohl, so betonte der Referent, im vorliegenden Budget geschehen, wenn 5.000 Wohnungen im kommunalen Wohnungsbau 4.500 im genossenschaftlichen Wohnungsbau gegenüberstehen.

Zu dem Vorwurf, daß der Bau der U-Bahn nicht geplant wurde, erklärt Stadtrat Slavik: Sie wurde schon lange geplant, sogar schon in der Monarchie und in der Ersten Republik. Aber man muß sich die Frage vorlegen, ob der Bau nach der wirtschaftlichen Situation auch realisierbar ist. In Hamburg zum Beispiel befaßt man sich jetzt mit einem anderen Verkehrssystem, weil man daraufgekommen ist, daß die Kosten unabschätzbar sind - eine einzige Unterführung zum Beispiel hat dort 125 Millionen Schilling gekostet. Wir würden sieben der acht Milliarden für den U-Bahn-Bau brauchen. Das können wir weder durch inländische noch durch ausländische Anleihen aufbringen. Wollen wir also der Bevölkerung etwas vorgaukeln, was nicht realisierbar ist?

Wir bemühen uns, einen Verkehrsknotenpunkt nach dem anderen zu sanieren. Es mag uns zu langsam gehen. Ja, wenn wir die Gelder hätten, die unsere Wiener Autofahrer für die anderen Bundesländer zahlen, dann ginge es schon geschwinder (Beifall bei der SPÖ). Wir haben nicht auf 350 Millionen für den Bau der Autobahn verzichtet, wir verzichten auf gar nichts, sondern wir wollen, daß der Bund alles zahlt.

Bei den Wiener Stadtwerken müssen Rationalisierungen und Einsparungen erfolgen, soweit es nur geht. Sie müssen so wirtschaftlich wie möglich geführt werden. Und nur jene Vorschläge der Direktionen, die nach strengster Kontrolle, sei es durch das Kontrollamt, sei es durch die Paritätische Kommission, als berechtigt anerkannt werden, werden im Gemeinderat die Zustimmung finden.

Bei den Finanzausgleichsverhandlungen werden wir uns auch in Zukunft bemühen, die Interessen der Wiener Bevölkerung so gut und energisch wie möglich zu vertreten. Ich hoffe nur, daß in der Vertretung der Wiener Interessen alle Parteien dieses Hauses einig sind und auch beim Bund mitwirken, das notwendige Verständnis für Wien zu erlangen (Lebhafter Beifall bei der SPÖ).

Hierauf werden die Ansätze des II. Hauptstückes gegen die Stimmen der VO angenommen. Die Erinnerungen werden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Der Antrag des GR. Lauscher, betreffend Erdölfragen, wird einstimmig der zuständigen Magistratsabteilung zugewiesen.

- - -

Das städtische Personal

=====

Anschließend erstattete Stadtrat Riener den Bericht über das I. Hauptstück: Personalangelegenheiten. Wie er ausführt, können alle Fragen, die sich aus dem neuen Besoldungsrecht ergeben haben, als gelöst betrachtet werden.

Der Personalaufwand ist für die Hoheitsverwaltung mit 1.457.7 Millionen Schilling präliminiert. Davon machen die Hauptbezüge für den Magistrat 930 Millionen aus, die Nebenbezüge 65.9 Millionen; für Ruhe- und Versorgungsbezüge sind 326.5 Millionen veranschlagt. Der Personalaufwand der Wiener Stadtwerke ist mit 1.032.8 Millionen Schilling veranschlagt. Für die aktiven Bediensteten der Stadtwerke werden voraussichtlich 693.2 Millionen gebraucht werden, während der Aufwand für die Pensionisten 339.5 Millionen betragen wird. Für Magistrat und Stadtwerke zusammen ergibt sich somit ein Personalaufwand von 2.490.5 Millionen Schilling.

Entsprechend einer Forderung der Gewerkschaft wurde heuer wieder eine außerordentliche Zuwendung ausgezahlt, die bei den Aktiven 250 bis 350 Schilling und bei den Ruhe- und Versorgungsbezugsempfängern 150 bis 250 Schilling ausmacht. Auch die jugendlichen Bediensteten und die Krankenpflegeschülerinnen erhielten Zulagen.

86.436 Bedienstete und Pensionsparteien

In der Hoheitsverwaltung sind mit 1. Jänner 1958 33.264 Aktive gegen 32.997 zu Beginn dieses Jahres beschäftigt. Die Vermehrung um 267 Personen ist ausschließlich auf die Erhöhung des Personalstandes beim Pflegepersonal, bei den Ärzten und bei den Kindergärtnerinnen zurückzuführen. Das Kanzleipersonal hingegen wird ständig reduziert.

Die Zahl der Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung beträgt 14.766 gegenüber 14.518 zu Jahresbeginn.

./.

Die Wiener Stadtwerke werden im kommenden Jahr nur 19.118 Aktive, das sind um 403 Bedienstete weniger aufweisen als zu Beginn dieses Jahres. Dagegen steigt die Zahl der Pensionisten gegenüber dem Vorjahr um 170 auf 19.288. Die Stadtwerke werden also im kommenden Jahr mehr Pensionisten als aktive Bedienstete zu bezahlen haben. Bei den Verkehrsbetrieben stehen 12.365 Aktiven 13.790 Pensionisten gegenüber. Der Gesamtpersonalstand der Stadtwerke ist mit 38.406 gegenüber 38.639 im Vorjahr angesetzt.

Hoheitsverwaltung und Stadtwerke zusammen beschäftigen 52.382 aktive Bedienstete. Insgesamt erhalten von der Stadt Wien 86.436 Personen Aktivitätsbezüge oder Ruhe- und Versorgungsgenüsse.

Die Gemeinde Wien ist in der letzten Zeit dazu übergegangen, leitende Posten öffentlich auszuschreiben. So wurden auch die vacant gewordenen Posten eines Stadtplaners und des Leiters der Magistratsabteilung für Statistik ausgeschrieben.

Beim Magistrat erfolgten in den letzten 11 Monaten 530 Pensionierungen, 332 Kündigungen von Vertragsbeamten wegen Erreichung der Altersgrenze; 136 Bedienstete sind freiwillig ausgeschieden und nur 6 mußten entlassen werden. 44 Bedienstete sind im aktiven Dienst gestorben. Bei den Wiener Stadtwerken erfolgten 774 Pensionierungen, 312 Kündigungen und Dienstesentsagungen und 16 Entlassungen. Durch Ableben sind 65 Bedienstete ausgeschieden.

In Angleichung an die Privatwirtschaft wurde den Arbeitern des Landwirtschaftsbetriebes eine Erhöhung des Monatsbarbezuges um 50 S zugebilligt. Bei der "Gewista" wurde für die Arbeiter eine monatliche Erschwerniszulage von 80 S geschaffen. Im Brauhaus der Stadt Wien wurden im Jahre 1957 die Löhne um 10 Prozent und die Gehälter um durchschnittlich 13 Prozent erhöht.

Durch die NS-Amnestie 1957 sind die bisher bestandenen Sühnefolgen für die belasteten Personen beendet worden. Damit ist auch jene Sühnefolge weggefallen, die darin bestand hat, daß öffentliche Bedienstete, die belastete Nationalsozialisten waren, durch den Gesetzgeber selbst aus dem öffentlichen Dienstverhältnis entlassen waren. Bei diesen Personen ergibt sich nun im Falle eines Antrages die Notwendigkeit, das seinerzeit bestandene Dienstverhältnis einer endgültigen Klärung zuzuführen. Bisher ist beim Magistrat bei 30 solchen ehemaligen Beamten und bei den Stadtwerken bei 5 solchen ehemaligen Beamten diese Klärung durch Zuerkennung eines Ruhegenusses erfolgt. In allen diesen Fällen war mangels freier Dienstposten eine Aufnahme in den städtischen Dienst nicht möglich.

Die sogenannten illegalen Nationalsozialisten waren in der Zeit von 6. Juni 1945 bis 17. Februar 1947 ebenfalls aus dem Dienstverhältnis entlassen. Dieser Zeitraum konnte bisher weder für die Bezüge noch für die Ruhegenüßbemessung angerechnet werden. Die NS-Amnestie 1957 hat nun die seinerzeitige Entlassung, rückwirkend mit 6. Juni 1945, wieder aufgehoben. Damit ist den Dienstbehörden die Möglichkeit gegeben, auch diesen bisher von der Anrechnung ausgeschlossen gewesenen Zeitraum von einem Jahr, acht Monaten und 12 Tagen anzurechnen. Die Anrechnung bei den aktiven Beamten des Magistrates ist praktisch abgeschlossen, bei den Pensionsparteien sowie bei den Bediensteten der Stadtwerke ist die Berechnung noch in Zuge.

Wohl die größte Personalbewegung hat in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien stattgefunden. Im abgelaufenen Jahr hat die Gemeinde 160 neue Arzteposten bei der Stadt Wien geschaffen (Beifall bei der SPÖ). Die Stadt Wien beschäftigt derzeit 1.073 fest angestellte Ärzte. Dazu kommen noch 227 Gastärzte und 114 freiwillige Hospitanten.

Eines der schwierigsten Probleme der Personalverwaltung ist das des Pflegedienstes. Trotz des geringen Angebotes an Pflegerinnen ist es in abgelaufenen Jahr gelungen, die Zahl der weltlichen Pflegepersonen um 70 zu vermehren. Die Zahl der geistlichen Pflegerinnen ist leider um 72 Schwestern zurückgegangen. Derzeit beschäftigt die Stadt Wien 6.156 Pflegepersonen, davon 369 männliche und 4.849 weltliche Schwestern, außerdem 39 Rudolfinerinnen und 899 geistliche Schwestern.

Die Problematik des Pflegedienstes liegt hauptsächlich im mangelnden Interesse der weiblichen Jugend an der Ausbildung in diesem Berufszweig. Viele diplomierte Pflegerinnen scheidern nach wenigen Dienstjahren aus, entweder weil sie geheiratet haben oder Mutter geworden sind. Infolge des geringen Nachwuchses kann die Gemeinde für je zwei aus dem aktiven Dienst scheidende Diplomschwestern nur eine diplomierte Schwester einstellen. Die jungen Mädchen warten heute nicht vier Jahre nach Schulaustritt, bis sie in die Pflegerinnenschule eintreten können, weil die Wirtschaft ihnen andere Gelegenheiten des Verdienens bietet. Bei einer Enquete über dieses Thema wurde übereinstimmend die Herabsetzung des Mindesteintrittsalters in die Krankenpflegeschulen von 18. auf das 17. Lebensjahr verlangt.

Diskutiert wurde auch die Frage, ob die Wartezeit der Anwärterinnen auf die Pflegeschule vom Schulaustritt bis zum Eintritt in die Schwesternschule in irgendeiner Form von Vorschulen überbrückt werden kann. Um den Anreiz der Schwesternschulen für die weibliche Jugend etwas zu erhöhen, hat sich die Gemeindeverwaltung entschlossen, das Taschengeld der Schülerinnen um 100 Schilling monatlich zu erhöhen.

Das große publizistische Interesse an dem Beruf der Krankenpflegerin ist an sich sehr zu begrüßen, nur sollte man nicht immer von einem Monatsbezug von 1.300 oder 1.400 S sprechen, da die Pflegerinnen bis in die Dienstklasse IV kommen können, wo Bezüge bis zu 3.700 S monatlich zu verzeichnen sind.

Von den Spitalsärzten der Stadt Wien wird häufig darüber geklagt, daß die Besetzungsvorschläge des Landessanitätsrates für ärztliche Leiterstellen in den Wiener Krankenanstalten fast nur Angehörige der Kliniken aufweisen. Die Ärzte der Wiener Gemeindespitäler empfinden dies als Zurücksetzung. Der Wiener Landessanitätsrat sollte daher bei Feststellung seiner Empfehlungen für die Besetzung frei gewordener Primariate die Bewerber aus den Reihen der Wiener Spitalsärzte nicht unberücksichtigt lassen.

Ein Beispiel dafür, wie durch wohlüberlegte Personallenkung und richtigen Personaleinsatz die Verhältnisse in einzelnen Dienststellen und Anstalten nicht nur zum Besseren gewendet, sondern dort geradezu ein völlig neuer Geist Einzug halten kann, ist das Zentralkinderheim der Stadt Wien. Durch die Betrauung einer bewährten Fürsorgerin mit der Leitung dieser Anstalt konnte dazu übergegangen werden, dieses nicht mehr als Spitalsbetrieb sondern als Wohlfahrtsanstalt zu führen. Der Leiterin zur Seite steht ein anerkannter Kinderarzt als Primarius. Die Anstalt wird nun pädagogisch und fürsorgerisch nach den fortschrittlichen Methoden geführt, die in den Kindergärten längst heimisch sind. Das Zentralkinderheim ist auf dem besten Wege eine Mustaranstalt zu werden (Beifall bei der SPÖ).

Besonderes Augenmerk wurde im ablaufenden Jahr auch der Schulung des Personals zugewendet. Im Bereiche des Magistrates und der Stadtwerke haben nicht weniger als 19 Fachkurse stattgefunden. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat im Einvernehmen mit der Verwaltung wieder 12 Fortbildungskurse für Kanzleipersonal abgehalten, an denen insgesamt 720 Bedienstete teilnahmen.

Nach dem Jugendeinstellungsgesetz wurden 70 jugendliche Stenotypisten aufgenommen. Sie wurden auch heuer wieder zu Informationsvorträgen, Führungen und Rundfahrten zusammengefaßt. Im Rahmen der Verwaltungsakademie der Gemeinde Wien haben 19 Kurse zur Fortbildung von Beamten, die schon längere Zeit in städtischen Dienst stehen, stattgefunden, um die Beamtenschaft mit den aktuellsten Problemen ihres Dienstes und mit den Gesetzgebungsakten der jüngsten Zeit bekanntzumachen. Die Vorgesetzten-schulung wurde auf breiter Basis durchgeführt. Außer Vortragszyklen haben bisher fünf Seminare von je viertägiger Dauer stattgefunden, von denen zwei Seminare Beamte der Stadtwerke in leitender Stellung und drei Seminare Beamte des Magistrates erfaßt haben. Die Veranstaltungen haben sich erfreulich rasch und gut durchgesetzt. Die Wiener Verkehrsbetriebe hatten auf diesem Gebiet bereits Pionierarbeit geleistet und gehen nunmehr daran, den Kreis zu erweitern. So entwickelte sich diese Vorgesetzten-schulung zu einem wichtigen und ausbaufähigen Instrument der Betriebsdemokratie. Eine Fortsetzung dieser Schulungen ist auch für das Jahr 1958 geplant.

Auch auf dem Gebiete der Verwaltungsvereinfachung haben die Stadtwerke Pionierarbeit geleistet. In Fortsetzung der Mechanisierung der Verrechnung der Ruhebezüge und schließlich auch der Aktivbezüge ist die Generaldirektion der Stadtwerke derzeit dabei, eine zentrale Besoldungsabteilung einzurichten. Diese Umstellung wird bis Ende März 1958 erfolgt sein. Eine weitere Vereinfachung entsteht durch das Zusammenlegen der Dienstkleiderlager aller Teilunternehmungen der Stadtwerke, ferner ergab eine Überprüfung bei den Verkehrsbetrieben, daß 40 Prozent der Kanzleihilfenposten eingespart werden können. Auch bei den Gas- und E-Werken wird eine Reduzierung dieser Beamtengruppe angestrebt. Eine weitere Personalersparnis wird durch eine Reorganisation des Mahnbüros der Gas- und Stromverrechnung erwartet. Auch durch die Einstellung von Weichenspritzwagen bei den Bahnwärtern konnte Personal erspart werden.

Im Bereiche des Magistrates sind die Amtsinspektion und das Kontrollamt in Zusammenarbeit ständig bemüht, durch Verwaltungsvereinfachungen Personaleinsparungen zu ermöglichen. Es ist daran gedacht, auch die Personalgebarung der Hoheitsverwaltung auf das Lochkartensystem umzustellen und damit zu rationalisieren. Im Dienste der Sportförderung und des sportlichen Ansehens Österreichs in der Welt hat die Stadt Wien in diesem Jahr 22 Bediensteten, die Sportler internationalen Formats sind, insgesamt 181 Arbeitstage Sonderurlaub mit vollen Bezügen und weiteren 21 Sportlern Karenzurlaube im Ausmaß von 1.172 Arbeitstagen gegeben.

Die letzten Wochen waren Verhandlungen mit der Gewerkschaft über die Neuregelung der Arbeitszeit beim Magistrat gewidmet. Ab Mai wurde ja die Arbeitszeit für die meisten Magistratsabteilungen und für die Magistratischen Bezirksämter um eine Stunde wöchentlich gekürzt. Die Forderung der Gewerkschaft ging nun dahin, die Arbeitszeit auf 45 Stunden durch Verlängerung des Wochenendes durch einen freien Samstag, zu verkürzen. Eine diesbezügliche Vereinbarung wurde dann auch mit Gewerkschaft getroffen, jedoch nur mit Anwendung auf die Hoheitsverwaltung und auch dort nur in jenen Magistratsabteilungen und Dienststellen, wo dies ohne Beeinträchtigung der Interessen der Wiener Bevölkerung, ohne Vermehrung des Personals und ohne Mehraufwand bei den Nebengebühren möglich ist. Unter dieser Voraussetzung wurde die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 45 Stunden für die in Frage kommenden Dienststellen mit Wirksamkeit ab 30. Dezember 1957 vereinbart. Die Einteilung wird so getroffen, daß jeder Bedienstete jeden zweiten Samstag frei hat. Von dieser Verbesserung werden vorläufig ungefähr 18.000 Bedienstete des Magistrates erfaßt. Für jene Dienststellen, wo das Publikumsinteresse den freien Samstag ausschließt, wird in Verhandlungen zwischen den Dienststellen und der Amtsinspektion und den Personalvertretungen zu prüfen sein, ob und auf welche Weise ihre Einbeziehung in die Neuregelung möglich ist. Mit noch größeren Schwierigkeiten ist hinsichtlich der Neuregelung bei den kontinuierlichen Betrieben und Dienststellen zu rechnen.

Es ist aber zu hoffen, daß dort, wo durch verbesserte Organisation oder bei Anwendung des technischen Fortschrittes Zeitgewinne erzielt werden können, die verkürzte Arbeitszeit auf weitere Bedienstetengruppen ausgedehnt werden kann. Es ist selbstverständlich, daß derartige Maßnahmen nur schrittweise erfolgen können. Stadtrat Riener appelliert an alle jene Mitarbeiter im städtischen Dienst, die derzeit noch nicht in den Genuß der neuen Arbeitszeitregelung kommen können, nicht ungeduldig zu werden und nicht zu drängen. Die Vielfalt und die Eigenart der vielen Dienststellen zwingen zu vorsichtiger Prüfung und Erwägung jeder einzelnen Sonderregelung.

Abschließend dankt Stadtrat Riener allen Bediensteten für die in Jahre 1957 geleistete Arbeit. Er dankt auch den Dienststellenleitern und insbesondere Magistratsdirektor Dr. Kinzl, der in den verworrensten Situationen Lösungen gefunden hat. Herzlicher Dank gebühre auch Generaldirektor Frankowski für seine unermüdete Bemühungen auf dem Personalsektor.

Die Personaldebatte

GR. Dr. Soswinski (VO) stellt an die Spitze seiner Ausführungen die Forderung, man müsse gerade bei Personalfragen den Menschen sehen. Der Redner bespricht in diesem Zusammenhang an Hand von Einzelfällen verschiedene Personalprobleme. So verlangt er, daß die Verkürzung der Arbeitszeit keine Erhöhung der Arbeitsmenge mit sich bringen dürfe. Er spricht sich auch für bessere Arbeitsbedingungen bei den Krankenschwestern aus und wendet sich vor allen gegen die Dienstbeschreibung, die nur dazu dient, um einen seelenlosen bürokratischen Apparat über die Verwendung und den Aufstieg auf Grund von Voraussetzungen entscheiden zu lassen, die der Betroffene gar nicht kennt. Dr. Soswinski beschäftigt sich weiter mit der Benachteiligung der Träger von Amtsbescheinigungen. Hier gäbe es für die Gemeinde Wien eine Ehrenschild abzutragen. Diese Menschen haben für Österreich Taten gesetzt und nicht Reden gehalten; als Anerkennung begehren sie nicht Reden, sondern Taten!

Schließlich verlangt Dr. Soswinski die Wiedereinführung eines 14. Monatsgehaltes. Die Arbeitsintensivierung und Preissteigerungen seien allein Grund genug dafür. Darüber hinaus aber sei es eine politische und moralische Pflicht der Gemeindeverwaltung, die Rechte der Bediensteten von 1934 wiederherzustellen.

Ich glaube, schließt er, daß die Darlegungen zeigen, daß es uns nicht möglich ist, durch Zustimmung zu den Ansätzen die Politik auf diesem Gebiete gutzuheißen.

GR. Dr. Freytag (ÖVP) bringt neuerlich verschiedene, wie er sagte, bisher unerfüllte Anliegen seiner Fraktion vor. So verlangt er, daß die Dienstbeschreibungen keine Geheimwissenschaft sein sollen. Es mögen bei der Gemeinde in dieser Hinsicht jene Verhältnisse geschaffen werden, wie sie beim Bund bestehen. Auch der Akademikerurlaub soll dem beim Bund angeglichen werden.

Der Gedanke, Dienstposten öffentlich auszuschreiben, ist sicher von jedem zu begrüßen. Doch ist das nur der erste Schritt, und es war bisher nicht zu erfahren, wie man sich den zweiten, entscheidenden, vorstellt: wer über die einlaufenden Gesuche entscheidet. Erst in letzter Zeit ist ein Posten, der nach allgemeiner Ansicht hätte öffentlich ausgeschrieben werden sollen, ohne Ausschreibung besetzt worden. Als Begründung wurde angeführt, daß die Dringlichkeit der Sache es nötig mache. Daraus könnte man schließen, daß mit dieser Begründung weitere Fälle so behandelt werden sollen, wodurch der an sich richtige Gedanke ad absurdum geführt werden kann.

Bei der Aufnahmepolitik der Gemeinde kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Tendenz besteht, Beamte, die politisch der Minderheit angehören, auf den Aussterbe-Etat zu setzen. Die Minderheit ist außerstande, irgendwelche Besetzungsvorschläge zu machen (Zustimmung bei der ÖVP). Man muß die Möglichkeiten gleicher Startbedingungen schaffen oder sich mit dem Gedanken eines Proporztes tragen.

Man möge die Kurse, die der Verbesserung der menschlichen Beziehungen unter den Bediensteten der Stadt dienen sollen, nicht überschätzen. Wenn die Beamten das Gefühl haben, gerecht behandelt zu werden und wenn ein gewisser sichtbarer, mehr aber noch unsichtbarer Druck, der da und dort ausgeübt wird, wegfällt, wird das mehr dazu beitragen, die Zufriedenheit und die Freude der Bediensteten an ihrer Arbeit zu steigern.

Weiter wäre es angezeigt, künftig mit einem höheren Betrag für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vorzusorgen.

Das schwerste Vergehen, dessen sich eine Körperschaft schuldig machen kann, ist, wenn sie die Verfassung nicht einhält. Leider hat sich die Gemeinde Wien dieses schweren Vergehens schuldig gemacht. Nach der Verfassung ist die Kompetenz des Gemeinderates bei der Erstellung des Stellenplanes eindeutig gegeben. Wir haben das schon mehrmals urgiert, leider ohne Erfolg. Da es trotz mehrmaliger Urgenz nicht möglich ist, die Einhaltung dieser Verfassungsbestimmung zu erreichen, wird nur die Klage beim Verfassungsgerichtshof übrig bleiben. Dieser Schritt ist sehr bedauerlich, aber er muß unternommen werden, wenn man darauf Wert legt, daß die Verfassung eingehalten wird.

Bei dem Appell Dr. Freytags, auf dem Personalsektor gerechter vorzugehen und eine gewisse Ritterlichkeit obwalten zu lassen, wird in einen sozialistischen Zwischenruf auf Niederösterreich hingewiesen, was zu wechselseitigen Hinweisen über die Stellenbesetzungen in verschiedenen Bundesländern führt. Dr. Freytag: Es ist tief bedauerlich, daß man hier einen gegen den anderen ausspielt (Beifall bei der ÖVP. - GR. Frieda Nödl: Sie tun das!). Ich habe von Wien gesprochen. (GR. Konir: Es gibt doch nicht zweierlei Moral!) Ihre Kollegen werden in Niederösterreich ebenso in der Lage sein, ihre Wünsche vorzubringen. (GR. Dr. Stemmer: Sie werden sofort erfüllt werden! - Heiterkeit bei der SPÖ.)

Abschließend dankt Dr. Freytag allen Bediensteten für ihre treue Pflichterfüllung und erklärt namens der ÖVP die Zustimmung zu dieser Geschäftsgruppe (Beifall bei der ÖVP).

GR. Schiller (SPÖ) zeigte auf, daß die Gemeinde Wien in ihrem Kategorienverzeichnis rund 380 verschiedene Gruppen von Bediensteten aufweist und somit in Personalwesen eine sehr weit verzweigte Verwaltungsarbeit zu leisten hat. Diese Vielfalt von Arbeit geht in großen gesehen reibungslos vor sich, und es konnten nennenswerte Fortschritte in bezug auf die Rechtstellung und in bezug auf die Entlohnung erreicht werden. Dieses Jahr stand unter dem Gesichtspunkt, das Gehaltsgesetz in allen seinen Auswirkungen zu verwirklichen und durchzuführen.

Die Erfüllung des Gehaltsgesetzes hat für die Gemeinde Wien wohl eine Belastung gebracht, es gab aber keine Schwierigkeiten bei der Auszahlung der höheren Gehälter. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß das Gehaltsgesetz vor rund einem Jahr unter dem Druck der Gemeindevertreter erzwungen wurde, die erklärten, das Gehaltsgesetz auf alle Fälle durchzuführen. Beim Bund gab es damals Schwierigkeiten, weil 300 Millionen Schilling zur Erfüllung des Gesetzes fehlten, und um diese 300 Millionen zu erbringen, ist man auf den Ausweg verfallen, im Wege von Volksaktien Betriebe der öffentlichen Hand zu reprivatisieren.

Bei den städtischen Betrieben bestand und besteht ein großer Nachholbedarf an hygienischen und sozialen Einrichtungen. Vor allem bei den Verkehrsbetrieben herrschte auf diesen Gebieten ein Tiefstand, der weit unter dem liegt, was sonst üblich ist. Auf einigen großen Bahnhöfen wurden bereits Wascheinrichtungen und WC geschaffen, und diese Aktion soll weiter fortgeführt werden..

Zur Verkürzung der Arbeitszeit betonte der Redner, daß auch die Gewerkschaft es ablehnt, bei verkürzter Arbeitszeit die Überstundenleistungen in den Vordergrund der Betrachtungen zu stellen.

Die 3. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, die in diesen Tagen im Parlament verabschiedet werden soll, wird eine besondere Auswirkung auf alle Bediensteten der Gemeinde Wien haben, denn es gibt heute bei der Berechnung der Renten aus der Sozialversicherung einen Bruch im Jahre 1952; die Bediensteten, die früher oder später eingetreten sind, werden nach verschiedenen Rechtsgrundsätzen behandelt. Diese Ungleichheit soll nun durch die 3. Novelle aus der Welt geschafft werden. Dies wird auch ehemaligen Gemeindebediensteten, die in Pension gegangen sind, nennenswerte Vorteile bringen.

Die sozialistische Fraktion hat gegen eine Diskussion der Dienstbeschreibung an sich nichts einzuwenden, sie hat aber für die Form, wie sie heute bei den Bundesdienststellen üblich ist, nicht sehr viel übrig. Sie hält von einer starken Personalvertretung mehr als von einer schablonenhaften Beschreibung.

Bei Neuaufnahmen und bei Besetzung von Posten wird es eine vollkommene Gerechtigkeit nicht so leicht geben. Es ist nicht einzusehen, warum zum Beispiel ein Hochschulprofessor immer ein Angehöriger der anderen Couleur sein muß. Bei den Besetzungen geht es Aug um Aug und Zahn um Zahn. Hier wird man sich nur finden können, wenn man das Gesamtproblem zu lösen versucht. Ist die Volkspartei bereit, über die Gesamtfrage in Verhandlungen einzutreten, dann sind es auch wir. Die Sozialisten haben in Parlament schon zweimal den Antrag eingebracht, alle öffentlichen Posten auszuschreiben. Die ÖVP ist auf dieses Angebot bisher nicht eingegangen. Wir sind auch weiterhin bereit, über eine allgemeine Lösung dieses Problems in Verhandlungen einzutreten. Mit allgemeinen Hinweisen und Nadelstichen wird man an den gegenwärtigen Grundlagen nichts ändern.

Der Redner verteidigt in Erwiderung auf Ausführungen der Gemeinderätin Dr. Stürzer die Vereinigung der gesamten Personalverwaltung der Gemeinde in einer Hand und erklärt, man habe beim Bund nicht die besten Erfahrungen mit der Methode gemacht, daß die Personalagenden in jedem Ministerium getrennt geführt werden. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ist froh darüber, daß eine Zentralpersonalverwaltung eingerichtet wurde und daß die Gewerkschaft die Verhandlungen mit einer Stelle zu führen hat.

Wir versuchen, sagt GR. Schiller, den Gedanken der Betriebsdemokratie auch unseren leitenden Beamten näherzubringen, die Demokratie auch in die Verwaltung zu übertragen und auch dort zu demokratisieren, wo vereinzelt manche Stellen noch sehr den Standpunkt der Bürokratie in den Vordergrund stellen. Wir bemühen uns, hier eine Brücke zu schlagen und eine Verbindung herzustellen. Wir erkennen und würdigen die Schwierigkeiten, begrüßen umso mehr aber das Bemühen, daß man hier neue Wege versucht und durch Vernenschlichung der Verwaltung, durch Vernenschlichung der Bürokratie den demokratischen Gedanken auch in der Verwaltung fester und noch tiefer verwurzeln will. Diese Absicht wollen wir auch in Zukunft fördernd unterstützen.

Die Verwaltungs- und Betriebsreform hat vor allen in den städtischen Betrieben schon zu Erfolgen geführt, die sich in der Verminderung des Personalstandes und in einer Verbesserung der

Verhältnisse für das übrige Personal auswirken. Dies soll der Grundsatz aller kommenden Reformarbeit sein. Die Gewerkschaft und die Personalvertretungen sind zu diesen Reformarbeiten bereit, sie werden aber nicht Vorschläge unterstützen, wenn sie nur auf Kosten der Verringerung des Personals gehen, ohne daß den Zurückbleibenden daraus auch gewisse Vorteile erwachsen. Alle Reformbestrebungen dürfen sich nicht nur für die Interessen des Dienstgebers, sondern müssen sich auch für die Interessen des Personals auswirken.

Wir erwarten uns von der verständnisvollen Arbeit des Stadtrates für das Personalwesen, daß wir instande sein werden, auch in kommenden Jahr für die Bediensteten unserer Stadt neue Erfolge zu erringen. Wir glauben aber auch daran, daß sich solche neue Erfolge ausdrücken werden in einer größeren Leistung der Gemeindebediensteten. Wenn das gelingt, dann ist diese Verwaltungsarbeit auf dem besten Wege. Und weil wir davon überzeugt sind, wird die sozialistische Fraktion den Ansätzen dieser Gruppe zustimmen (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Riener stellt in Schlußwort zu den Ausführungen seines Vorredners über die Arbeitszeitverkürzung fest, daß es bei uns keine Produktionsnormen gibt. Bei uns gibt es eine Verwaltung und diese unterliegt ganz anderen Gesetzen als ein Produktionsbetrieb. Zu einer Steigerung oder Vermehrung der Arbeitsleistung können bei einer Gemeindeverwaltung auch nur ganz selten Maschinen herangezogen werden. In den meisten Fällen handelt es sich darum, eben andere Zeitersparnisse oder Verkürzungen des Aktenlaufes zu erreichen. Die Arbeitszeitverkürzung wurde nicht nur bei uns, sondern auch in Westdeutschland in den letzten Monaten diskutiert. Den deutschen Zeitungen konnte man entnehmen, daß es Meinungen gab, die dem öffentlichen Dienst überhaupt kein Recht auf Arbeitszeitverkürzung einräumten. Die Gemeinde Wien ist jedoch der Ansicht, daß die Fortschritte der Sozialpolitik auch für die öffentlich Angestellten gelten müssen.

./.

Die Schwierigkeiten des Pflegerinnendienstes, auf die gleichfalls verwiesen wurde, sind auch der Verwaltung bekannt. Sicherlich kommen manchmal viele Wochenstunden zusammen, durchschnittlich hat jedoch eine Pflegerin eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 bis 52 Stunden. Diese Mehrleistungen werden aber durch Mehrdienst- und Erschwerniszulagen abgegolten, die jede Pflegerin bekommt. Die Gemeindeverwaltung ist auch seit Jahren bestrebt, für die Besserung der Wohnungsverhältnisse der Pflegerinnen beizutragen. So wurde vor wenigen Jahren im Wilhelminenspital ein Pflegerinnenpavillon gebaut und ein Teil der Einzelräume, die im sozialen Wohnungsbau geschaffen werden, wird ebenfalls den Pflegerinnen zur Verfügung gestellt.

Dienstbeschreibungen gibt es bei der Gemeinde keine regelmäßigen. Sie werden nur vom Personalamt oder der vorgesetzten Dienststelle angefordert, wenn sich eine Notwendigkeit hierzu ergibt. GR. Dr. Soswinski hat sich auch heuer wieder mit den Pensionen für die Witwen der Justifizierten aus den Jahren 1934 und 1938-45 beschäftigt. Es muß darauf verwiesen werden, daß die Witwen der Justifizierten bedeutend günstiger in der Bemessung ihrer Ruhebezüge behandelt wurden, als wenn sie Witwen von Bediensteten wären, die auf natürliche Weise starben. Auch die Beschwerde, daß Träger von Amtsbescheinigungen nicht dem Gesetz entsprechend bevorzugt behandelt wurden, ist nicht stichhältig. Es ist kein einziger Fall bekannt, in dem die Verlängerung eines Ausbildungsarztes, der den Facharzt anstrebt, abgelehnt wurde.

Zum Problem des 14. Monatsbezuges ist zu sagen, daß die Gemeinde Wien gegenüber der Privatwirtschaft in der Ersten Republik viele Begünstigungen gehabt hat, die in der faschistischen Zeit verloren gingen und bis heute noch nicht wiedereingeführt werden konnten. Die Gemeindebediensteten haben aber durch das neue Gehaltsgesetz Bezüge erreicht, die sich mit den gleichgearteten Bezügen der Privatangestellten gut vergleichen lassen. Das Gehalts- und Lohnniveau der Gemeinde entspricht durchaus dem der Privatwirtschaft. Zu den Ausführungen des ÖVP-Redners meinte der Stadtrat, Dr. Freytag habe es schwer, Angriffspunkte zu finden. Wenn er gefragt habe, wer über die Stellenausschreibungen entscheidet, so sei die Antwort darauf: die kompetenten Organe der Gemeindeverwaltung werden die Auswahl dessen treffen, der am würdigsten erscheint.

Was die Kritik an der Darlehensgewährung anlangt, so ist die Form, die bei der Gemeinde geübt wird, dem Personal lieber. Bei unverzinslichen Darlehen wie beim Bund werde eine strengere Auswahl getroffen. Den städtischen Bediensteten ist jedoch eine großzügigere Gewährung bei geringer Verzinsung angenehmer.

Der Referent wendet sich gegen den Vorschlag von Dr. Freytag, den Proporz bei Aufnahmen in den Gemeindedienst anzuwenden. Er wehre sich dagegen, daß die Posten nicht nach der Eignung und Tüchtigkeit vergeben werden.

Zu der Klage über den fehlenden Stellenplan wies Stadtrat Riener darauf hin, daß dieser ein integrierender Bestandteil des Budgets sei und ohnehin im Voranschlagsentwurf enthalten ist. Abschließend ersuchte Stadtrat Riener um die Zustimmung zu den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe (Beifall bei der SPÖ).

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des I. Hauptstückes ohne die Stimmen der VO angenommen. Der Vorsitzende GR. Ing. Arch. Lust unterbricht um 19.05 Uhr die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Dienstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, fortgesetzt.

- - -

Fröhliche Weihnacht überall!
=====

16. Dezember (RK) Seit Jahren schon werden Kinder aus Erziehungsheimen der Stadt Wien, die keine Angehörigen haben oder um die sich niemand kümmert, vom Jugendamt zu Weihnachten in städtische Erholungsheime entsendet. Jedes Kind kann seine Wünsche sagen und diese werden in den allermeisten Fällen restlos erfüllt. Die Kinder werden besonders gut gepflegt und bleiben bis 7. Jänner 1958 im Erholungsheim.

Die Aktion, die vor Jahren im bescheidenen Ausmaße ins Leben gerufen wurde, hat jetzt an Umfang bedeutend zugenommen. Es werden heuer 150 Kinder in den Heimen Sulzbach-Ischl und Stollhof a.d. Hohen Wand Aufnahme finden. Für persönliche Geschenke dieser Kinder wurde ein Betrag von 20.000 Schilling bewilligt.

Der Amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Vizebürgermeister Honay, wird die Kinder bei der Abfahrt verabschieden.

- - -

Prämien für Wiener Kleinbühnen
=====

16. Dezember (RK) Als beste Aufführung einer Wiener Kleinbühne im Monat November wurde die Erstaufführung von Sidney Howard's "Die Silberschnur" im Theater am Parkring mit 5.000 Schilling von der Wiener Stadtverwaltung prämiert. 3.000 Schilling erhielt das Theater der Courage für die Erstaufführung von William Inge's "Komm zurück, kleine Sheba".

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

16. Dezember (RK) Donnerstag, den 19. Dezember, entfallen die Sprechstunden des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 16. Dezember
 =====

16. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 5 Ochsen, 4 Stiere, 23 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 34. Neuzufuhren Inland: 243 Ochsen, 194 Stiere, 1.043 Kühe, 143 Kalbinnen, Summe 1.623. Gesamtauftrieb: 248 Ochsen, 198 Stiere, 1.066 Kühe, 145 Kalbinnen, Summe 1.657. Unverkauft: 22 Ochsen, 8 Stiere, 23 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 56. Verkauft: 226 Ochsen, 190 Stiere, 1.043 Kühe, 142 Kalbinnen, Summe 1.601.

Preise: Ochsen 9 bis 11.50 S, Extremware 11.80 bis 12.60 S (14 Stück), Stiere 9.80 bis 12 S, Extremware 12.10 bis 12.40 S (19 Stück), Kühe 7.20 bis 9.80 S, Extremware 10 bis 10.50 S (14 Stück), Kalbinnen 10 bis 11.60 S, Extremware 11.90 bis 12.20 S (7 Stück), Beinlvieh, Kühe 6 bis 7.50 S, Ochsen, Kalbinnen 8 bis 9.50 S. Der Durchschnittspreis ernäbigte sich bei Ochsen um 20 Groschen, Stieren um 28 Groschen, Kühen um 21 Groschen, Kalbinnen um 11 Groschen je Kilogramm. Er beträgt bei Ochsen 9.94 S, Stieren 11.02 S, Kühen 8.01 S, Kalbinnen 10.51 S je Kilogramm. Beinlvieh ernäbigte sich bis zu 40 Groschen je Kilogramm.

- - -

Die Naglergasse huldigt einer 100jährigen
 =====

16. Dezember (RK) Vizebürgermeister Honay beglückwünschte heute Frau Maria Promper, die älteste Bewohnerin der Inneren Stadt, zum 100. Geburtstag. Er übermittelte der greisen Frau die herzlichsten Glückwünsche und überreichte ihr mit einem weißen Fliederstrauß ein Schreiben des Bürgermeisters und das Ehrengeschenk der Stadtverwaltung. Die Geburtstagsgrüße des 1. Bezirkes überbrachten Bezirksvorsteher Dr. Friesinger und der Vorstand des Fürsorgeamtes Frau Baumann. Die Bewohner der Naglergasse, wo Mutter Promper seit vielen Jahren im Haushalt ihrer erst vor kurzem verwitweten jüngsten Tochter lebt, überraschten die

./.

Jubilarin mit vielen Geschenken. Auch die Jetzelsdorfer erinnerten sich ihrer einstigen Ortsangehörigen und der dortige Bürgermeister schickte mehrere Flaschen des besten Haugsdorfer Tropfens nach Wien.

Frau Promper, die Jüngste in Kreise der 100jährigen Wienerinnen, blickt auf ein arbeitsreiches Leben einer Landwirtin zurück. Sie ist Mutter von zehn Kindern. Dreimal bekam sie Zwillinge. Trotz ihrem hohen Alter hat sie sich ihre Frische erhalten und freute sich an ihrem 100. Geburtstag über die vielen ihr dargebrachten Huldigungen.

- - -